

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 91 (2016)
Heft: 1-2: Neubau

Artikel: "Es braucht mehr Schutz für alle Arbeitnehmenden" : Interview
Autor: Liechti, Richard / Alleva, Vania
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-658310>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Bild: Unia/Christine Scheidegger

Unia-Präsidentin Vania Alleva über drängende aktuelle Fragen

«ES BRAUCHT MEHR SCHUTZ FÜR ALLE ARBEITNEHMENDEN»

Welche Bedeutung hat eine Gewerkschaft in der heutigen Zeit? Welche Antworten hat sie auf die aktuelle Wirtschaftskrise und wichtige politische Fragen? Und wieso gab es Streit mit den Baumeistern? *Wohnen* fragte Vania Alleva, seit Juni alleinige Präsidentin der Unia, der grössten Gewerkschaft der Schweiz. Gewerkschaften und Genossenschaften, so stellt sie fest, haben durchaus eine gemeinsame Basis.

Interview: Richard Liechti

Fast 12 000 Personen nahmen am 7. März 2015 an der nationalen Kundgebung für Lohngleichheit teil – einer wichtigen Forderung der Unia. Deren Präsidentin Vania Alleva ist auf dem Bild die vierte von rechts.

Wohnen: Beginnen wir mit den brennenden Problemen: Wegen der Flüchtlinge schliessen manche Länder die Grenzen. Die Unsicherheit nach den Anschlägen von Paris ist gross. In der Schweiz nutzen rechte Kreise die Situation, um die Personenfreizügigkeit nun möglichst rasch abzuschaffen. Das alles betrifft auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Vania Alleva: Die Attentate von Paris sind schrecklich. Ich weiss auch nicht, wie die richtige Antwort darauf aussehen soll. Aber etwas scheint mir gewiss: Kriegsrhetorik und Flüchtlingsabwehr werden nicht mehr Sicherheit bringen. Freie Gesellschaften bauen auf Grundrechten und demokratischen Werten, die man nicht einfach über den Haufen werfen darf. Im Gegenteil: Sie sind gerade jetzt hochzuhalten.

In der Schweiz steht die Umsetzung der SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung an. Statt Freizügigkeit soll es wieder Kontingente geben. Wie stehen Sie dazu?

Die Personenfreizügigkeit ist eine wichtige Errungenschaft. Neue Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt lehnen wir ab. Denn die Rechtlosigkeit einzelner Gruppen führt zu unwürdigen Zuständen – man erinnere sich an die Auswirkungen des Saisonierstatuts ab den 1960er-Jahren – und schadet letztlich allen Arbeitnehmenden. Aber Personenfreizügigkeit bedeutet auch Öffnung des Arbeitsmarktes. Darum braucht es einen wirksamen Schutz gegen Lohndumping und gegen den Druck auf dem Arbeitsmarkt, und zwar für alle Arbeitnehmenden. Es kommt nicht von ungefähr, dass Menschen, die zwischen 55 und 65 Jahre alt sind, der Masseneinwanderungsinitiative überdurchschnittlich zugestimmt haben. Sie spüren die Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt hautnah.

Welche Folgen hat der Rechtsrutsch bei den Nationalratswahlen?

Entscheidend wird sein, wie sich die FDP und die Arbeitgeberverbände positionieren. Wollen sie den Werkplatz Schweiz stärken und Arbeitsplätze erhalten – wozu es eben auch den Ausbau des Arbeitnehmerschutzes und eine starke Sozialpartnerschaft braucht? Oder schlagen sie sich auf die Seite der SVP, welche die Schweiz als Steuerfluchtparadies für den globalen Geldadel betreiben will, möglichst ohne irgendwelche staatlichen oder sozialpartnerschaftlichen Regulierungen?

«Gemeinsam sind wir stark – das gilt auch heute.»

Werfen wir doch einen Blick zurück. Die Schweiz war im Vergleich zu Ländern wie England oder Italien zwar nie eine Hochburg der Gewerkschaften. Nur: Wo würden die Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen, wenn es sie nicht gegeben hätte?

Die Gewerkschaften sind seit hundertfünfzig Jahren der Motor für sozialen Fortschritt und Demokratie. Vieles, was heute für selbstverständlich genommen wird, haben die Gewerkschaften erfunden beziehungsweise erkämpft. Zum Beispiel die AHV und die Pensionskassen, die Arbeitslosen-, die Krankentaggeld- und die Mutterschaftsversicherung, aber auch elementare Arbeitnehmerrechte wie etwa die Beschränkung der Arbeitszeit, die 5-Tage-Woche und der Anspruch auf bezahlte Ferien.

Wo stehen die Gewerkschaften und namentlich die Unia heute?

Die Unia ist mit 200 000 Mitgliedern die stärkste soziale Kraft in der Schweiz. Wir haben steigende Mitgliederzahlen, weil wir neben den traditionellen Hochburgen wie Baugewerbe und Industrie auch in den Dienstleistungsbranchen Fuss fassen. In diesem Sektor, in dem über drei Millionen Menschen arbeiten, darunter viele Frauen, sind die Arbeitsbedingungen kaum geregelt.

Nennen Sie uns einige Erfolge aus der letzten Zeit?

Wir schliessen immer wieder neue Gesamtarbeitsverträge (GAV) ab – wie jüngst für die Angestellten von Tankstellenshops. Im Gastgewerbe konnten wir nach langem Kampf den 13. Monatslohn verankern. In der Maschinenindustrie sind nach siebzig Jahren erstmals Mindestlöhne vereinbart worden. Und auch bei den Personalverleihern – also den temporär Arbeitenden, einer ganz prekären Form der Anstellung – konnten wir mit einem GAV Mindeststandards erwirken. Auf politischer Ebene waren wir zum Beispiel mit unserem Referendum gegen den Rentenklau in der zweiten Säule erfolgreich.

Viele Schweizer Unternehmen leiden unter dem hohen Frankenkurs. Als Konsequenz werden Löhne gekürzt und Arbeitszeiten verlängert. Bringen solche Massnahmen überhaupt etwas?

Tatsächlich missbrauchen manche Unternehmen die Situation, um die Löhne zu drücken und das Unternehmerrisiko auf den Arbeitnehmer abzuwälzen – etwa eine Ladenkette, die Löhne nun in Euro auszahlen will. Solche Massnahmen sind für die Arbeitnehmenden eine Zumutung. Das Grundproblem des überbewerteten Frankens lösen sie nicht. ➔

Was fordern Sie?

Eines ist klar: Arbeitsplätze, die jetzt ausgelagert werden, kommen nicht mehr zurück. Die Nationalbank muss darum ihren Fehlentscheid korrigieren und die Frankenspekulation stoppen, indem sie eine Wechselkursuntergrenze garantiert.

Wie würden Sie eine junge Berufsfrau oder einen Berufsmann dazu motivieren, der Gewerkschaft beizutreten?

Ein Beitritt zur Gewerkschaft lohnt sich doppelt. Erstens schützt die Gewerkschaft den Einzelnen gegen Missbrauch und Willkür. Und zweitens können die Arbeitnehmenden gemeinsam besser für ihre Interessen eintreten als alleine. Die Arbeitsbedingungen, die wir heute haben, sind nicht vom Himmel gefallen. «Gemeinsam sind wir stark» – dieser Urgedanke des gewerkschaftlichen Handelns gilt immer noch.

Warum sind die Arbeitsverhältnisse in der Schweiz eigentlich nur in wenigen Bereichen kollektiv geregelt?

In der Schweiz sind immerhin etwa fünfzig Prozent der Arbeitsverhältnisse durch einen GAV geschützt. Aber es stimmt: Viele Arbeitgeber, zum Beispiel im Detailhandel, sträuben sich trotz grossem Handlungsbedarf gegen verbindliche Branchenstandards. Und in anderen Branchen gibt es gar keine Arbeitgeberverbände, mit denen wir einen Vertrag abschliessen könnten. Ein besserer gesetzlicher Schutz, wie wir ihn mit der Mindestlohninitiative angestrebt haben, wäre eine Alternative. Im Abstimmungskampf betonte die Gegenseite dann, sie würde das lieber sozialpartnerschaftlich regeln. Aber nach der Ablehnung der Initiative haben die wenigsten dieses Versprechen eingelöst.

Der Lohn ist in der Schweiz sowieso ein heikles Thema – niemand spricht gern offen darüber. Nun hat eine neue Studie wiederum aufgezeigt, dass Männer immer noch mehr verdienen als Frauen in gleicher Position. Können Gesamtarbeitsverträge da etwas ändern?

Ja, der GAV kann Mindestlöhne festlegen und bietet daher einen gewissen Schutz. In Branchen mit GAV ist die Lohndiskriminierung viel tiefer. Es braucht aber weitere Instrumente zur Überprüfung der Lohngleichheit, die ja schon seit vielen Jahren in Verfassung und Gesetz festgeschrieben ist. Nun hat der Bundesrat eine Gesetzesänderung lanciert. Uns geht der Vorschlag zuwenig weit, zumal er keinerlei Sanktionen vorsieht. Auf freiwilliger Basis bewegen sich die Unternehmen nicht. Da braucht es verbindlichere Instrumente.

Stichwort Mindestlohninitiative: Vorlagen für bessere Arbeitsbedingungen sind in der Schweiz meist chancenlos. Das Argument, dass Arbeitsplätze verlorengehen könnten, scheint das Stimmvolk stets zu überzeugen. Trotzdem bringt die Linke solche Anliegen immer wieder vor.

Wir haben die Abstimmung verloren, und doch hat die Initiative viel bewirkt: Zum einen ist die Marke von 4000 Franken Mindestlohn in den Köpfen verankert worden. Das merken wir auch in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Zum anderen hat man dank der Initiative endlich angefangen, über Löhne zu reden. Und schliesslich haben verschiedene Betriebe den Mindestlohn freiwillig eingeführt. Deshalb ist es wichtig, solche Anliegen immer wieder aufzugreifen.

Es gibt viele Parallelen zwischen Gewerkschaften und Baugenossenschaften. In beiden Fällen schliessen sich Menschen zusammen, um etwas zu erreichen. Der grosse Unterschied: Die Baugenossenschaften sind überschaubare Gebilde, wo einzelne Mitglieder Verantwortung übernehmen und direkt mitbestimmen. Bei den Gewerkschaften, namentlich der Unia, hat man dagegen den Eindruck von Grossorganisationen.

Wir sind eine grosse Organisation, in der das einzelne Mitglied viele Möglichkeiten hat, mitzumachen und mitzuentcheiden: auf Betriebs-ebene, in den Berufsgruppen, in den Interessengruppen der Frauen, Migrantinnen und Migranten, Rentner und Jugendlichen sowie als Delegierte in den Vorstands-gremien – alles immer auf lokaler und nationaler Ebene. Ähnlich wie die Genossenschaften stehen wir allerdings vor der Herausforderung, die Kultur des freiwilligen Mitgliederengagements ständig weiterzuentwickeln. Wir arbeiten daran.

«Die Marke von 4000 Franken hat sich in den Köpfen verankert.»

Jeder kennt das Bild der rotgewandeten und fahnschwenkenden Unia-Gewerkschafter, die für ihre Rechte auf die Strasse gehen. Gerade im Bauwesen wird auch immer wieder die Arbeit niedergelegt. Streiks sind aber für viele Schweizer ein Reizthema. Konflikte werden hierzulande üblicherweise am Verhandlungstisch ausgetragen. Die Unia wird denn auch oft als radikal kritisiert.

Wenn eine Gewerkschaft ernst genommen werden will, dann muss sie in der Lage sein, notfalls zu streiken. Für die Betroffenen sind Streiks aber eine grosse Belastung. Sie sind darum nur ein letztes Mittel, wenn Verhandlungen scheitern und der Dialog abbricht. Die alltägliche Gewerkschaftsarbeit ist weniger spektakulär: Wir diskutieren mit den Leuten über ihre Arbeitsbedingungen und helfen ihnen,

ihre Rechte wahrzunehmen. Wir verhandeln mit den Arbeitgebern über bessere GAV und sorgen in paritätischen Kommissionen dafür, dass sie eingehalten werden. Darüber berichten die Medien kaum.

Baumeisterverband und Unia hatten lange Zeit Streit. Es ging um die Verlängerung des Landesmantelvertrags. Nun haben Sie sich offenbar geeinigt. Wo lagen die Differenzen? Zentral war die Sicherung des für die Bauarbeiter enorm wichtigen Rentenalters 60. Weil in den nächsten Jahren die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge in Rente gehen, braucht es dafür vorübergehend eine Zusatzfinanzierung. Die Gewerkschaften und der Baumeisterverband haben sich nun darauf geeinigt, die bisherigen Leistungen zu sichern und die Beiträge vorübergehend zu erhöhen. Im Gegenzug verzichten die Bauarbeiter für das Jahr 2016 auf eine Lohnerhöhung. Zudem wird der bestehende Vertrag mit wenigen Anpassungen erneuert. Über die berechtigten Forderungen nach mehr Schutz bei Schlechtwetter oder gegen Lohndumping wird 2016 weiterverhandelt. Zusammengefasst: Das jetzige Verhandlungsergebnis ist gut für die Bauarbeiter und für die gesamte Branche.

Baugenossenschaften haben sich soziale Ziele auf die Fahne geschrieben. Was können sie unternehmen, um auf ihren Baustellen faire Arbeitsbedingungen zu garantieren?

Die Bauherrin muss darauf bestehen, dass GAV eingehalten werden, sei es im Bauhaupt- oder im Baunebengewerbe. Die Frage ist natürlich, wie sie das kontrolliert. Heute erteilt die jeweils zuständige paritätische Kommission erst nach einem langwierigen Verfahren Auskunft. Das ist einer der Punkte, die wir mit den Baumeistern verbessern wollen. Es braucht eine zentrale Stelle, die rasch und unkompliziert Auskunft gibt.

Verschiedene Baugenossenschaften haben ihre Wurzeln in der Gewerkschaftsbewegung oder wurden sogar ausschliesslich für Gewerkschaftsmitglieder gegründet. Auch heute fehlen preisgünstige Wohnungen. Ist das bei Ihnen noch ein Thema?

Wir unterstützen eine soziale Wohnbaupolitik politisch, sind mit verschiedenen Baugenossenschaften personell und finanziell verbunden und fördern über unsere «Stiftung Unia» auch einzelne Wohnbauprojekte, bei denen gemeinnützige Aspekte und die Nachhaltigkeit einen grossen Stellenwert haben. Bei den zahlreichen übrigen Wohnbauten im Eigentum der Unia verfolgen wir den Grundsatz, dass nicht einzelne Mitglieder von besonders günstigen

Wohnungen profitieren sollen, sondern der Ertrag allen Mitgliedern der Gewerkschaft zugute kommt.

Was verbindet Gewerkschaften heute sonst noch mit Genossenschaften?

Wir besitzen viele Gemeinsamkeiten: Solidarität und Mitbestimmung machen bei beiden den Kern der Organisationsidee aus. Und genau wie die Genossenschaften sind auch die Gewerkschaften nicht profitorientiert. Wir wenden uns gegen einen Profit um jeden Preis.

«Eine Gewerkschaft muss in der Lage sein, notfalls zu streiken.»

Gerne möchten wir noch etwas über Ihre Person wissen. Wie wurden Sie für soziale Fragen sensibilisiert?

Ich komme aus einer Arbeiterfamilie mit Migrationshintergrund. Tatsächlich bin ich früh mit sozialen Ungerechtigkeiten konfrontiert worden. Dieses Bewusstsein, aber auch die Überzeugung, dass man etwas verändern kann, hat mich zur Gewerkschaft gebracht.

Die Frage ist zwar wenig originell, interessiert aber doch. Sie sind im Juni zur Präsidentin der Unia gewählt worden. Wie kommt eine Frau an die Spitze einer traditionell von Männern dominierten Organisation, die erst noch typische Männerberufe im Bau und in der Industrie vertritt?

Die Unia hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Wir wachsen in den Dienstleistungsbranchen und haben immer mehr weibliche Mitglieder. Meine Wahl zur Präsidentin ist ein Ausdruck dieses Wandels. ■

ZUR PERSON



Bild: Unia/Manu Friederich

Vania Alleva (46) ist seit Mitte 2015 alleinige Präsidentin der Unia. Seit 18 Jahren in der Gewerkschaft tätig, leitet sie den Sektor Dienstleistungsberufe. Zudem ist sie Vizepräsidentin des

Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Sie arbeitete als Journalistin, Lehrerin und Migrationsfachfrau. Die italienisch-schweizerische Doppelbürgerin ist verheiratet und lebt in Bern.